

Jonas Westphal

Zensur mit Konjunktur

Wie die Despoten das Internet entdeckten

Das Internet und die Telekommunikation im Allgemeinen geraten zusehends in den Fokus der Despoten. Mit aller Macht versuchen sie das digitale Rad zurückzudrehen oder gar für sich zu instrumentalisieren. Westliche Demokratien müssen dieser Tatsache in ihrer Politikausgestaltung Rechnung tragen.

Tunesien, Algerien, Ägypten, Jemen, Jordanien und nicht zuletzt Libyen. Der Arabische Frühling hat einen halben Kontinent erfasst und lehrt derzeit weltweit Autokraten das Fürchten. Eine der Triebkräfte dieser globalen Bewegung ist – ganz ohne Zweifel – die mobile, digitale Kommunikation, die eine Gegenöffentlichkeit gegenüber der Staatspropaganda schafft, Grenzen spielend überwindet und die Revoltierenden sogar organisieren kann. So ist zumindest die landläufige Betrachtungsweise hierzulande.

Dass es nicht immer so einfach geht, zeigt das Beispiel Ägypten. 27. Januar 2011: Um 23.34 Uhr deutscher Zeit (00.34 Uhr Ortszeit) ließ Ägyptens damaliges Regime unter Führung von Husni Mubarak sprichwörtlich den Stecker ziehen. »Egypt Leaves the Internet« beschrieb ein US-amerikanisches Unternehmen, dessen Kerngeschäft die technische Überwachung von globalen Kommunikationsnetzen ist, leicht süffisant den bis dato historisch-einmaligen Vorgang. Stecker wurden freilich an diesem 27. Januar keine aus der Dose gezogen. Aber die regimetreuen Netzanbieter des Landes beendeten in einer konzertierten Aktion den Datenaustausch mit dem Rest der Welt, indem sie kurzerhand sämtliche inländischen Internetadressen für ungültig erklärten. Somit landeten alle Daten von außerhalb im digitalen Nirvana, da unter den angegebenen ägyptischen Adressen niemand mehr erreicht werden konnte.

Danach ging online am Nil nichts mehr, denn auch die gesamte Wirtschaft des Lan-



Jonas Westphal

(*1984) studiert Kommunikationswissenschaften und befasst sich strategisch mit den Folgen der digitalen Gesellschaft sowie von sozialen Medien und berät dazu Behörden, NGOs und Unternehmen.

jw@gu.am

des war branchenübergreifend vom globalen Netz abgeschnitten: Mit fatalen Folgen für Import und Export, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft. Dass das Mubarak-Regime diesen äußersten Schritt gegangen ist und dafür enorme Kollateralschäden in Kauf genommen hat, demonstriert, welches Gefahrenpotenzial dem globalen Netz durch das Regime zugemessen wurde.

Ob die Gefahr durch das globale Netz für das Regime wirklich so groß war – darüber lässt sich allerdings trefflich streiten. Die Tatsache, dass das Regime zusammengebrochen ist und zur selben Zeit in den sozialen Netzwerken, bei Facebook, Twitter und Co. sowie in Blogs eine mediale Gegenoffensive gegen Mubarak stattfand, heißt nicht per se, dass es automatisch einen kausalen Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen geben muss. Denn messbar ist der Einfluss der digitalen Regimegegner nicht: Welcher Tweet stammt tatsächlich von den kämpfenden Revolutionären auf dem Kairoer Tahrir-Platz, und welcher von einem US-amerikanischen oder europäischen Smartphone irgendwo aus einem netten Café in Paris, Berlin oder New York?

Welcher Facebook-Pinnwandeintrag ist authentisch? Welches Video ist echt?

Wie schwierig Original und »Fälschung« – sei es auch eine gut gemeinte Unterstützung von ausländischen Aktivisten und Sympathisanten – auseinander zu halten sind, beweisen die Massenproteste im Iran im Jahr 2009. Auslöser war die Manipulation der Präsidentschaftswahl durch Machthaber Mahmud Ahmadinedschad, die auf massiven Protest innerhalb des Iran stieß. Belegbar und sicher ist, dass es die größten Massenproteste seit der islamischen Revolution waren, die zu dieser Zeit in Teheran, aber auch in anderen großen Städten des Landes, stattfanden. »Where Is My Vote?« (Wo ist meine Stimme?), diese an die Wahlleitung adressierte Frage wurde zum Inbegriff der Bewegung und fand auch in den globalen sozialen Netzwerken gewaltigen Niederschlag. Schlagworte wie »#iran«, »#iranelection« oder »#whereismyvote« dominierten mehrere Wochen die Kurznachrichten des Dienstes. Die Facebook-Gruppen fanden hunderttausendfachen Zulauf. YouTube-Nutzer schauten sich millionenfach die Videos der Demonstranten in der islamischen Republik an. All dies lässt sich ohne Zweifel einfach und ziemlich präzise beweisen: Ein Großteil des Zahlenmaterials ist offen und frei zugänglich.

Der »Fall Iran« – eine digitale Erfolgsstory?

Bereits am Anfang der Proteste fand aufgrund dessen eine intensive Meta-Berichterstattung zu den Aktivitäten in den sozialen Netzwerken im Kontext der iranischen Proteste statt. Der wissenschaftliche Diskurs folgte später. Rein quantitativ scheint auf den ersten Blick der »Fall Iran« also eine Erfolgsstory zu sein: Der analoge Massenprotest im Iran fand nachweislich seine digitale Entsprechung in den sozialen Medien und Blogs. In seinem Bestseller *The Net Delusion: How Not to Liberate the World*

zeichnet der Autor Evgeny Morozov minutiös nach, wie westliche Medien, aber auch Politiker daraufhin die digitalen Segnungen als effizienteste Waffe gegen Regime und Autokraten überall auf der Welt feierten.

Morozov's Recherchen zufolge waren der Ausgangspunkt der medialen Sieges-Berichterstattung die Blogbeiträge eines gewissen Andrew Sullivan, der die These vertrat, dass die »Revolution getwittert werden würde«. Sullivan behauptete, bereits wenige Stunden nachdem der Protest in den internationalen Nachrichtentickern ruckbar wurde, dass »Twitter, nachdem das Regime andere Formen von Kommunikation lahmgelegt hatte, mit gewaltigen Erfolgen überlebt« hätte und nun die zentrale Organisationsplattform der iranischen Protestierer sei. Welche Erfolge im Iran er meinte, blieb der Autor zwar schuldig, nichtsdestoweniger übernahmen darauf etliche Blogs die These der iranischen »Twitter-Revolution«. Blogger und Journalisten, die ihrerseits nach den Demonstrationen in einschlägigen Suchmaschinen recherchierten, stießen nun ebenfalls auf Sullivans Thesen, die mittlerweile durch unzählige Nachrichtenseiten verbreitet wurden. Schließlich gelangte die Twitter-Revolution über Nachrichtenagenturen in die Massenmedien und damit ins allabendliche Fernsehprogramm.

Das US-Außenministerium registrierte daher mit Sorge, dass ein von langer Hand – schon vor den Protesten – geplantes Update der Twitter-Website bevorstand und der Dienst inmitten der »Revolution« temporär unterbrochen werden müsste. Hektisch schickte deswegen ein hochrangiger Mitarbeiter der Behörde der Geschäftsführung des US-Konzerns eine E-Mail mit der Bitte, das Update der Website doch vorläufig auszusetzen. Diese Nachricht verbreitete sich weltweit wie ein Lauffeuer. Sowohl in westlichen Medien als auch bei autoritären Regimen in der gesamten Hemisphäre: Während die einen den Vorgang als Hilfsaktion für Menschenrechte im Iran feierten, nahmen die ande-

ren diesen als konzertierten Vereinnahmungsversuch von sozialen Medien durch westliche Regierungen, insbesondere jedoch durch die USA, wahr. Mit fatalen Folgen, wie sich später zeigen wird.

Eine Überprüfung des Nachrichtmaterials war übrigens zu diesem Zeitpunkt kaum mehr möglich, hätte man doch hunderte Nachrichtenseiten und Blogs, die sich zu allem Überfluss auch gegenseitig zitierten, durchforsten müssen, um auf Sullivans Ausgangsartikel mit der unbelegten Twitter-Revolution und den »gewaltigen Erfolgen« zu stoßen.

Genauso sprunghaft wie sich die Nachricht über die Twitter-Revolution verbreitete, kamen die ersten Gerüchte über iranische Geheimdienstaktivitäten in den sozialen Medien, vor allem aber in Twitter auf. Dem Regime waren offensichtlich die internationalen Nachrichtensendungen mit den Erfolgsmeldungen der Twitter-Revolution nicht verborgen geblieben, sodass es nun tatsächlich mittels seines Repressionsapparats versuchte der »Twitter-Revolutionäre« habhaft zu werden. Als Gegenreak-

tion riefen nun iranische und westliche Aktivisten die Twitter-Nutzer dazu auf, ihre beim Kurznachrichtendienst hinterlegten Einstellungen zu Wohnort, Sprache und Herkunftsland zu ändern. Infolgedessen wuchs die Zahl von iranischen Twitter-Nutzern mit Wurzeln in Teheran in den kommenden Stunden und Tagen sprunghaft an. Spätestens aber hier dürfte klar werden: Wer im Namen der iranischen Massenproteste tatsächlich bei Twitter kommunizierte, wird wohl immer ein Geheimnis bleiben. Die »Where-Is-My-Vote«-Bewegung ist damit ein Paradebeispiel dafür, wie wenig man – auf den ersten Blick klarem – Zahlenmaterial zu sozialen Medien und Netzen Glauben schenken darf und wie wenig authentisch ein Großteil der dortigen Kommunikation war.

Zu diesem Ergebnis kommt auch der Autor Evgeny Morozov. Er geht aber noch einen Schritt weiter: Da auch westliche Regierungen die These der Revolution mittels Twitter offensichtlich ungeprüft übernommen und breit verkündet haben, arbeiten spätestens seitdem autoritäre Regime fie-

berhaft daran, soziale Netzwerke entweder unzugänglich zu machen oder gar zu unterwandern. Die übereilte E-Mail zum Twitter-Update des US-Außenministeriums bewertet zum Beispiel das chinesische Militär als Versuch über soziale Medien ein fremdes bzw. feindliches Land zu unterwandern. Infolgedessen wurde die Internetzensur in China noch ausgeweitet.

Die Fehleinschätzung der digitalen »grünen Bewegung« und die falschen politischen Schlüsse daraus zeigen, wie komplex die Bewertung von digitalen Bewegungen ist und wie schnell daraus gar politische Fehleinschätzungen abgeleitet werden können. Politische Interventionen können zu heftigen, unintendierten Folgen führen, insbesondere wenn sie von der Gegenseite als Legitimation für mehr Zensur und staatliche Kontrolle missbraucht werden.

Beschränkungen in der Türkei

Massive staatliche Einflussnahme zuungunsten eines freien und offenen Netzes findet aber nicht nur bei autokratischen Machthabern wie im Iran statt. Auch in freien Wahlen demokratisch legitimierte Regierungen, wie die in der Türkei, beschränken systematisch den ungehinderten Zugang zu Informationen. Momentan sind nach Schätzungen von Reporter ohne Grenzen etwa 7.000 Webseiten für türkische Internetnutzer unzugänglich. Türkische Domainnamen mit der Endung .tr, die Worte wie »schwul« oder »Geständnis« enthalten, werden ebenfalls nicht zur Registrierung zugelassen.

Anfang 2011 wurde schließlich das Ansinnen der türkischen Telekommunikations-Regulierungsbehörde BTK bekannt, per Gesetz Webfilter einzuführen. Der Plan umfasste den Aufbau einer zentralen staatlichen Zensurinfrastruktur, die zwangsweise – gesetzlich verordnet – genutzt werden müsste. Die Maßnahme war also eine Kombination aus »technischen« und »po-

litischen« Maßnahmen, mit dem Ziel, den freien Internetzugang in der Türkei vollständig zu unterbinden. Hinzu kommt die Tatsache, dass eine zentrale Filterung generell auch noch den »praktischen« Nebeneffekt hat, sämtliche Webzugriffe zentral per Logdatei zu erfassen: Eine solche Logdatei kann leicht systematisch durchsucht werden. Zusammen mit den geplanten persönlichen Logins für die türkische Filterinfrastruktur hätte damit der türkische Staat die Web-Nutzung jeder türkischen Internetnutzerin, jedes türkischen Internetnutzers personalisiert erfassen und in Echtzeit mitverfolgen können. Damit wäre der politischen Verfolgung von Usern Tür und Tor geöffnet worden.

Gegen die bereits verabschiedete Zensurverordnung, die zum 22. August 2011 in Kraft treten sollte, regte sich massiver Protest: In der Türkei gingen Zehntausende für einen ungehinderten Internetzugang auf die Straße. Dieser Protest wurde flankiert von deutlichen Worten aus dem Ausland – insbesondere von Seiten der OSZE – sowie von einer gewaltigen Internetcommunity.

Im Ergebnis hat die Regierung Erdogan das Zensurunterfangen allerdings nicht beendet. Stattdessen sollen nun zum Ende des Jahres zunächst freiwillige Filter auf Grundlage der ehemaligen Zensurinfrastruktur zum »Schutze der Kinder und Jugendlichen« in der Türkei eingeführt werden. Ob und wie lange die Freiwilligkeit bestehen und der Rest der türkischen Bevölkerung von der Maßnahme ausgenommen bleibt, steht auf einem anderen Blatt.

Argumentativen Vorschub für weltweite Zensur- und Überwachungsbestrebungen im Internet leisten auch politische Entwicklungen in westlichen Ländern – auch hierzulande. Das Argument Kinder und Jugendliche vor entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten zu schützen, das gerade in der Türkei für zentrale Webfilter und -sperrungen missbraucht wird, hat auch hierzulande die Gesetzeslage beim Internetzugang nachhaltig verändert: Ergebnis war

das sogenannte Zugängerschwerungsgesetz (ZugErschwG), das Ursula von der Leyen 2009 als damalige Familienministerin maßgeblich vorangetrieben hat und als »Zensursula«-Gesetz in den Medien bekannt wurde. Dieses Gesetz, das immerhin ein Jahr in Kraft war, sah ebenfalls den Aufbau einer zentralen Liste vor. Diese sollte durch das BKA geführt werden. Internetdomains, die auf dieser Liste landeten, hätten – unter Strafandrohung – durch hiesige Internetprovider blockiert werden müssen.

Beifall von der falschen Seite

Selbstverständlich ist das ZugErschwG »sozio-politisch« nicht vergleichbar mit den weltweiten Zensur- und Überwachungsbestrebungen im Internet von Autokraten und Diktatoren: Weder in der politischen Zielsetzung noch in der Ausführung. Aber »technisch« gesehen kann durchaus von einer zentral-gesteuerten, über die Provider verteilten Zensurinfrastruktur, wenn auch einem »guten« Zweck dienlich, gesprochen werden. Doch was ist ein »guter Zweck«? Sogenannte Kinderpornografie (der Begriff ist meiner Auffassung nach verharmlosend, schließlich handelt es sich hierbei eindeutig um Fälle von »Kindesmissbrauch«, die dokumentiert werden) aus dem Web zu verbannen, ist sicherlich ein hehres Anliegen. Doch wo es ein (Spezial-)Gesetz zur Filterung des einen Inhalts gibt, dort ist auch schon der Weg zur Blockierung von anderen Inhalten vorgezeichnet. Zu allem Überflus liefern westliche Staaten durch solche Gesetze unfreiwillig denjenigen Argumente, die per se einen freien und ungehinderten Zugang zum Internet unterbinden wollen. Frei nach dem Muster, schaut her: »Die [westlichen, demokratischen Staaten] machen das [die Filterung/die Überwachung] doch auch.«

Beifall von der falschen Seite für Web-sperren, gravierende Fehleinschätzungen der »grünen Bewegung« des Iran: Politik in

der digitalen Gesellschaft ist aufgrund des vernetzten Charakters des Internets sine qua non immer auch globale Politik. Die Lehre daraus lautet: Politik muss die globalen Auswirkungen nationalen Handelns im Netz bereits im Vorfeld von konkreten Handlungen bedenken. Zahlen und Statistiken zu sozialen Bewegungen im Internet, die als Grundlage für politische Entscheidungen herangezogen werden könnten, haben nur beschränkte Aussagekraft. In der Regel ist das zu Grunde liegende Datenmaterial zwar durch die automatische Nutzungserfassung sehr »reliabel«, erweist sich aber in der Praxis häufig als nicht »valide« genug um einen bestimmten Zustand, eine Nutzung oder Reichweite in einer spezifischen Region aussagekräftig beschreiben zu können. Hinzu kommt die Tatsache, dass autokratische Herrschaftssysteme bereits heute die Vorteile des Netzes für sich zu nutzen wissen. Sie unterlaufen nachrichtendienstlich soziale Netze, bauen Überwachung aus und bedienen sich dabei fast virtuos bei westlicher Technik und westlichem Know-how.

Im Ergebnis ist deshalb eine umfassende, wissenschaftlich-fundierte Politikberatung für westliche Staaten erforderlich, um die komplexen sozio-politischen und technischen Zusammenhänge des Netzes zu erforschen, zu bewerten und politische Lösungen daraus abzuleiten. Das »Netz« ist eben kein virtueller Raum, abgekoppelt von der »realen« politischen Welt. Das Internet war und ist vielmehr immer schon in jeder Hinsicht politisch gewesen. (Außen-)Politik für das digitale Zeitalter muss die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bei wachsender globaler Vernetzung immer mit berücksichtigen. Im Kampf für weltweite Freiheit und Menschenrechte ist das globale Netz ein immanent wichtiger Bestandteil – aber eben auch kein Allheilmittel. Widerstand gegen undemokratische Regime muss eben nicht nur online, sondern auch offline geführt werden, um effektiv zu sein.